Ausgabe generiert für: FRANCISCO WELTER-SCHULTES ePaper-Kundennummer: GT_PHONE0000522883

Skibus in den Harz

Göttingen. Im Harz ist das Wetter auf Wintersport eingestellt. Am Sonntag, 18. Februar, organisiert der Skiklub 1956 Göttingen deshalb wieder einen Skibus in den nahen Gebirgszug. Im Harz bietet der Club kleinere und größere Langlauftouren und Kurse für Alpin-Skifahrer an, auch für Kinder und Jugendliche. Mitfahren können alle Interessierten. Treffpunkt ist Sonntag um 8.15 Uhr an der Göttinger Stadthalle. Nähere Informationen unter skiklub-goettingen.de. Wegen der begrenzten Zahl der Plätze sind Anmeldungen bis Freitag 11 Uhr möglich. *fil/r*

BEILAGEN
im Göttinger Tageblatt heute:
Teppichhaus Imperial
WIR BITTEN UM FREUNDLICHE BEACHTUNG
9550701_001818

„Es ist wichtig, den Menschen, die in so schlimmen Situationen leben, zu signalisieren, dass es Möglichkeiten gibt, hier in Sicherheit zu leben."
Paulus Paulerberg

„Das Bürgerasyl ist eine gute Ergänzung zum Kirchenasyl, um über die gewonnene Zeit alle Möglichkeiten zu prüfen, damit Menschen hierbleiben können."
Valentin Büchi

„Ich habe die Gnade, als heterosexueller weißer Mann und Mitteleuropäer überall leben zu dürfen – das sollte für alle gelten."
Florian Donath (links)

Es ist einfach wichtig, sich für Menschlichkeit einzusetzen."
Christina Jung (Mitte)

„... weil es nach wie vor nötig ist."
Gerd Zinck

„ Ich höre immer wieder von Besuchern, dass Göttingen doch einen besonderen Ruf als engagierte und politische Stadt genießt. Es ist mir wichtig, das auch weiterhin zu bestärken."
Anja Johannsen

„Ich unterstütze das Bürgerasyl, weil ich die europäische Abschottungspolitik menschenverachtend finde, und wir so mit bürgerlichem Engagement und Mut etwas tun können, damit die Menschen da leben können, wo sie wollen."
Meinhart Ramaswamy

FOTOS: HINZMANN

Bürgerasyl: Der vielleicht legale Weg, Abschiebung zu verhindern

Initiative will Göttingen zur „Solidarischen Stadt" machen / 70 Interessierte bei Infoveranstaltung / Manche bleiben verunsichert

Von Ulrich Schubert

Göttingen. Es ist eine Gratwanderung zwischen unklarer Rechtslage, vagen Absprachen und dem alternativlosen Wunsch, Menschen in Not zu helfen: „Bürgerasyl" als Ergänzung zum Kirchenasyl. Am Mittwoch hat die „Göttinger Initiative Bürger*Asyl – Jetzt!" mit gut 70 Interessierten über die Chancen und Risiken diskutiert.

Die Zusammensetzung der Mitstreiter beim ersten Infoabend für ein Göttinger Bürgerasyl im Keller des Deutschen Theaters ist ungewöhnlich: Pensionierte Lehrer und Punker, Sozialarbeiter und Schauspieler, Politiker und Kirchenvertreter – vereint in einer tief verankerten Grundhaltung zur Menschlichkeit. Und im Willen, etwas zu tun.

Sie wollen Menschen helfen, die aus ihrem Land vor Krieg, Unterdrückung oder Hunger geflohen sind und in Deutschland ein besseres Leben suchen – aber abgeschoben werden sollen. Als „menschenverachtend" kritisierte Meinhart Ramaswamy die „europäische Abschottungspolitik". „Ich habe die Gnade, als heterosexueller, weißer Mann und Mitteleuropäer überall leben zu dürfen", sagt Schauspieler Florian Donath, „das sollte für alle gelten".

Die meisten Gäste engagieren sich bereits in der Flüchtlingshilfe. Aber wenn alle ihre Bemühungen gescheitert sind und für einen Hilfesuchenden die Abschiebung droht, blieben bisher nur drei Wege: die Abschiebung zu akzeptieren, illegal unterzutauchen oder in ein Kirchenasyl zu gehen.

Beim Kirchenasyl spiele ihnen eine besondere Rechtslage in die Hände, erklärte die Rechtsanwältin Claire Deery. Ist eine Abschiebung angeordnet, müsse diese innerhalb von sechs Monaten umgesetzt werden. Ist sie in dieser Zeit nicht erfolgt, verfällt sie. Das heißt faktisch: Sie müsse verhindert werden – aber auf legalem Weg. Andernfalls drohten Strafverfahren und eine auf 18 Monate verlängerte Frist. Für Kirchenasyl gebe es formlose Absprachen zwischen den Bundesbehörden und Kirchen in Deutschland, dass der Staat nicht eingreift, die Betroffenen also auch nicht mit Polizeigewalt abholt, so Deery. Daran hätten sich bisher alle Parteien gehalten. Grundregel für ein erfolgreiches Kirchenasyl sei aber, dass der Betroffene namentlich mit der Wohnadresse bei den zuständigen Behörden gemeldet ist.

Die Kirchengemeinden, die Asyl gewähren, stießen allerdings an ihre Grenzen, sagte Pastor Peter Lahmann – räumlich, personell und finanziell. Bundesweit hätten seit Ende Januar etwa 600 Personen in 375 Gemeinden Asyl bekommen, seit Ende der 1990er-Jahre habe es im Raum Göttingen etwa 30 Kirchenasyle gegeben.

Die Betroffenen seien unmittelbar von Abschiebung bedroht gewesen. Inzwischen gehe es dabei fast ausschließlich um Abschiebungen nach dem sogenannten Dublin-Abkommen in ein anderes europäisches Land, über das die Flüchtlinge nach Europa gekommen waren, ergänzten Mitglieder vom Göttinger Arbeitskreis Asyl. Dort aber gehe es ihnen oft kaum besser als im Ursprungsland.

Mit dem Bürgerasyl wollen die Initiatoren die Kirchen stützen und entlasten. Sie setzen dabei auf die Annahme, dass Abschiebebehörden ein Bürgerasyl ähnlich einstufen wie ein Kirchenasyl – wenn Name und Adresse gemeldet sind. Eine Garantie dafür, dass nicht plötzlich doch die Polizei vor der Tür steht, gebe es nicht, räumten die Initiatoren auf Nachfragen mehrfach ein. Strafverfahren gegen die Asyl-Geber seien allerdings höchst unwahrscheinlich.

Wichtig sei vor allem, mit der „Göttinger Initiative Bürger*Asyl" Druck aufzubauen und Politik wie Entscheidern zu zeigen, dass eine große Unterstützergruppe hinter den Flüchtlingen und Kirchen steht. Dazu seien mögliche Meldeadressen ebenso wichtig, wie Hilfe bei der Betreuung von Asylsuchenden und Geldspenden.

„Solidarity-City" und die nächste Runde

Entstanden ist die Bürgerasyl-Bewegung aus dem Göttinger Netzwerk „Solidarity-City - Eine solidarische Stadt für alle". Zu dem Netzwerk gehören nach Angaben der Bürgerasyl-Gruppe Initiativen in etwa 16 deutschen Städten. Die Kampagne gibt es bereits seit Jahren in den USA, in Kanada und England. Weitere Fragen wollen die Initiatoren bei weiteren Treffen am Donnerstag, 22. Februar, um 19.30 Uhr in der Oberen Masch 10 in Göttingen klären. Weitere Infos und Spendenkonten gibt es online unter dem Link gturl.de/Bürgerasyl. *us*

Göttinger Tageblatt

CHEFREDAKTION
Chefredakteur Dr. Uwe Graells
Stellv. Chefredakteur Christoph Oppermann
Chefreporter Markus Scharf

LOKALES, THEMA DES TAGES KULTUR UND CAMPUS Angela Brünjes
SPORT Andreas Fuhrmann
WIRTSCHAFT Mark Bambey
NEWSDESK Marie-Luise Rudolph, Katharina Klocke (Stellv.)
ONLINE Nadine Eckermann
BEILAGEN Friedrich Schmidt

Das Tageblatt erscheint in Zusammenarbeit mit dem **Redaktionsnetzwerk Deutschland**
Chefredakteur: Wolfgang Büchner
Mitglieder der Chefredaktion: Rüdiger Ditz, Marco Fenske, Matthias Koch
Newsroom-Leitung: Stefanie Gollasch, Jörg Kallmeyer
Nachrichtenagenturen: dpa, afp, rtr, epd
30559 Hannover, August-Madsack-Str. 1

ANZEIGENLEITUNG Heiko Weiland (verantw.)

VERLAG, REDAKTION UND DRUCK
Göttinger Tageblatt GmbH & Co. KG
Briefanschrift: 37070 Göttingen;
Hausanschrift: Dransfelder Straße 1, 37079 Göttingen
Geschäftsstelle in der Stadtmitte: Weender Straße 44, Öffnungszeiten: Mo.–Fr. 9.00-18.30 Uhr, Sa 9 - 18.00 Uhr

TELEFON (0551)-
Verlag und Redaktion 9011
Telefonische Anzeigenannahme 9019
Vertriebsservice 901-800
TELEFAX
Redaktion 901-720
Vertrieb 901-309
Anzeigen 901-291
Geschäftsstelle Weender Straße 44 901-235

DRUCK
Druckzentrum Niedersachsen, Gutenbergstraße 1, 31552 Rodenberg

ONLINE goettinger-tageblatt.de
TWITTER twitter.com/goetageblatt
FACEBOOK facebook.com/goettingertageblatt

Monatlicher Bezugspreis bei Lieferung durch Zusteller für die gedruckte Zeitung 36,40 Euro (einschl. Zustellkosten und 7% = 2,38 Euro MwSt.) oder durch die Post 39,30 Euro (einschl. Portoanteil und 7% = 2,57 Euro MwSt.), als E-Paper 26,90 Euro (einschl. 19% = 4,30 Euro MwSt.). Abholer zahlen 32,75 Euro (einschl. 7% = 2,14 Euro MwSt.). Zusätzlicher monatlicher Bezugspreis für das E-Paper und dem Online-Zugang zu den bezahlpflichtigen Inhalten auf www.goettinger-tageblatt.de 2,00 Euro (einschl. 19% = 0,32 Euro MwSt.). Abbestellungen schriftlich beim Verlag 6 Wochen zum Quartalsende. Im Fall höherer Gewalt und bei Störungen des Arbeitsfriedens kein Entschädigungsanspruch. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Bilder und Bücher wird keine Gewähr übernommen. Rücksendungen nur, wenn Rückporto beigelegt ist.

Alle Rechte vorbehalten. Die Zeitung ist in all ihren Teilen urheberrechtlich geschützt. Ohne vorherige schriftliche Genehmigung durch den Verlag darf diese Zeitung oder alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen weder vervielfältigt noch verbreitet werden. Dies gilt ebenso für die Aufnahme in elektronische Datenbanksysteme und die Vervielfältigung auf CD-ROM

Erfüllungsort und Gerichtsstand Hannover.
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 11 vom 1. Januar 2018.

FOTO: KATHRIN39 - FOTOLIA
FOTO: KLEMENS KORDT
Margit Müller-Frahling

Exklusiver Vortrag
Vital mit Schüßler Salzen

Gesundheit, Leistungskraft und Wohlbefinden – Schüßler-Salze sind in jeder Lebensphase eine ideale Unterstützung, um die Herausforderungen des Alltages vitaler bewältigen zu können. Schüßler-Salze sind außerdem eine bewährte sanfte Hilfe im Rahmen der Hausapotheke bei alltäglichen Beschwerden. Sie sind nebenwirkungsfrei und mit 12 bewährten Mitteln überschaubar in der Anwendung.

In dem Vortrag erfahren Sie, wie Sie Schüßler-Salze nutzen können:
• für gesunde Haut und feste Nägel
• zur Steigerung der Konzentrationsfähigkeit
• zur Stärkung der Abwehrkräfte und vielem mehr ...

Maximal 50 Teilnehmer möglich – Tickets jetzt sichern!

Sa, 3. März 2018 · 15.00 Uhr · Einlass 14.30 Uhr
GT Townhall · Dransfelder Straße 1 · 37079 Göttingen
Eintritt: 10,00 € · AboPlus-Angebot: 8,00 €

Tickets erhältlich in den Geschäftsstellen:
Weender Str. 44 · 37073 Göttingen | Marktstr. 9 · 37115 Duderstadt

Göttinger Tageblatt Eichsfelder Tageblatt
10161902_001818

Beim Verwaltungsgericht türmen sich die Asylverfahren

Bilanz und Ausblick des Göttinger Verwaltungsgerichts

Von Heidi Niemann

Göttingen. Das Verwaltungsgericht Göttingen muss einen immer größeren Berg an Asylverfahren bewältigen. Im vergangenen Jahr hätten die Asylverfahren knapp zwei Drittel des gesamten Geschäftsanfalls ausgemacht. 2016 habe der Anteil noch bei einem Drittel gelegen, sagte Gerichtspräsidentin Stefanie Killinger am Donnerstag anlässlich des Jahrespressegesprächs. Insgesamt seien im vergangenen Jahr 1928 neue Asylverfahren eingegangen, im Vorjahr waren es noch 829 Verfahren gewesen. Um zu vermeiden, dass einzelne Richter ausschließlich Asylverfahren bearbeiten, seien inzwischen alle Kammern mit diesen Fällen befasst.

Das niedersächsische Justizministerium hatte aufgrund der Mehrbelastung durch die Asylverfahren seit 2015 insgesamt 56 weitere Richterstellen bei den Verwaltungsgerichten geschaffen. Das Verwaltungsgericht Göttingen bekam vier weitere Richter. Durch diese personelle Verstärkung sei es trotz der spürbar gewachsenen Belastung gelungen, die Laufzeit der anhängigen Verfahren zu verringern, erklärte Killinger. Klageverfahren dauerten vom Eingang bis zur Entscheidung durchschnittlich 6,5 Monate, 2016 dauerten sie noch 7,1 Monate. Eilverfahren wurden innerhalb von 1,3 Monaten entschieden.

Weniger NC-Verfahren

Bei den sonstigen Verfahren hatten sich die Richter unter anderem mit jeweils rund 200 Klagen zum Polizei- und Ordnungsrecht beziehungsweise zum Abgabenrecht zu beschäftigen. Deutlich gesunken ist die Zahl der NC-Verfahren. Während 2016 noch 130 Bewerber einen Studienplatz in der Medizin und anderen zulassungsbeschränkten Fächern einzuklagen versuchten, waren es 2017 nur noch 18. Die Zahl der NC-Eilverfahren sank von 474 auf 402.

In einem Punkt gab es 2017 eine deutliche Abweichung: Während normalerweise bei den Rechtsstreitigkeiten zwischen Bürgern und Behörden durchschnittlich in 80 Prozent der Fälle die Behörde obsiegt, urteilten die Richter diesmal in mehr als 53 Prozent der Fälle zuungunsten der Behörden. Ursache für diese „statistische Anomalie" war die Rechtsprechung des Göttinger Gerichts zu Klagen von syrischen Staatsangehörigen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hatte diesen nicht den Flüchtlingsstatus zugestehen wollen. Die Göttinger Richter vertraten dagegen die Auffassung, dass bereits die unerlaubte Ausreise aus Syrien eine Flüchtlingseigenschaft begründet. Da diese Frage weiter strittig ist, landen alle Fälle beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg.

In diesem Jahr werden die Göttinger Richter unter anderem darüber zu entscheiden haben, ob der Ausschluss von Dana Guth aus der AfD-Kreistagsfraktion Göttingen rechtmäßig war. Außerdem müssen sie prüfen, ob das Bürgerbegehren „Weiches Wasser Bovenden" sowie das Einreiseverbot gegen zwei abgeschobene islamistische Gefährder zulässig sind. In weiteren Verfahren geht es darum, ob die Stadt Göttingen Sanierungszuschüsse für den Ausbau der Fußgängerzone zurückzahlen muss sowie um die Aufnahme von 20 Betten der Heliosklinik Northeim in die Krankenhausplanung des Landes Niedersachsen.

Infoabend zu „Ärzte ohne Grenzen"

Göttingen. Wie arbeitet die Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen"? Wer sind die ehrenamtlich Tätigen, die weltweit Menschen in Not helfen? Und wie setzt die Initiative Spendengelder ein? Antworten auf diese und viele weitere Fragen wollen Mitarbeiter des Vereins während eines Infoabends in Göttingen geben.

„Ärzte ohne Grenzen" ist eine private, internationale, medizinische Hilfsorganisation. Die Organisation hilft nach eigenen Angaben Menschen, die durch (Bürger-)Kriege oder Naturkatastrophen in Not geraten. Auch aus der Region Göttingen sind immer wieder Ärzte und andere Helfer weltweit für sie im Einsatz. 2500 internationale und rund 25 000 nationale Mitarbeiter sind jährlich in rund 60 Ländern. Ihre Arbeit erstreckt sich von medizinischer Versorgung über den Aufbau von Krankenhäusern bis zur Grundversorgung in Flüchtlingslagern.

Der Informationsabend beginnt am Mittwoch, 21. Februar, um 19 Uhr im Evangelischen Krankenhaus Göttingen-Weende, An der Lutter 24, in Haus 6 auf Ebene 4. *us*